Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 39 | Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 27.— monatlich Mk. 9,— | Halver Mittwoch, den 15. Februar 1922 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch 90 mm breit 2.00 Mk. | 22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichstage wurden in der großen Aussprache über den Eisenbahnerstreik Mißtrauensanträge gegen die Regierung von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, den Unabhängigen und den Kommunisten eingebracht.

* Die Zentralleitung der U. S. P. D. hat beschlossen, gegen Sepp Oerter sofort ein Ausschlußverfahren aus der Partei einzuleiten.

* Im Anschluß an die alliierten Besprechungen über die Aufteilung der deutschen Zahlungen wird eine neue Finanzkonferenz der Entente stattfinden.

* Das Memorandum Poincarés über die Genuakonferenz wird nach einer Pariser Meldung auch der deutschen Regierung überreicht werden.

* Die englische Regierung will sich mit einer Verschiebung der Konferenz von Genua um eine, höchstens zwei Wochen, einverstanden erklären, jedoch nur, wenn dringende technische oder politische Gründe vorgebracht werden.

* Präsident Harding bedauert in seiner Antwort an die italienische Regierung auf die Einladung zur Genueser Konferenz, daß die Reparationsfrage und die Frage der Rüstungsverminderung auf der Konferenz nicht erörtert werden soll.

* Der Internationale Gewerkschaftsbund beschloß, eine Parallelkonferenz nach Genua zu dem Zeitpunkt der offiziellen Tagung einzuberufen.

In offener Feldschlacht.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Als Dr. Wirth im Januar, unmittelbar nachdem die Konferenz von Cannes auseinandergegangen war, ankündigte, er werde sich nicht durch im Dunkel schleichende Intrigen umbringen lassen, sondern, wenn es so weit sei, in offener Feldschlacht die Entscheidung des Reichstags suchen, da dachte er an das Steuerkompromiß und die unendlichen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren. Das Steuerkompromiß ist längst unter Dach und Fach — was man heutzutage so unter Dach und Fach nennen kann. Aber der Reichskanzler hat sich schließlich doch genötigt gesehen, in die offene Feldschlacht hinabzusteigen. Es ist nun einmal heute so in Deutschland: kaum ist eine Regierungskrisis überwunden, so ist schon eine neue wieder aufgetaucht, und regieren heißt nachgerade nicht mehr viel anderes als von Parteikämpfen zu Parteikämpfen schreiten. Eine wundervolle Beschäftigung für ausgesprochene Kämpfernaturen; aber für eine Zeit, die wie keine vorher nach positiver Arbeit schreit, ein mehr als zweifelhaftes Vergnügen.

Als Herr Dr. Wirth in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags ein Mißtrauensvotum nach dem andern aus den gegnerischen Parteien gegen sich aufsteigen sah, riß ihm schließlich der Geduldfaden, und er forderte seine eigenen Parteien in kurzen, scharfen Worten zur Vorlegung eines ganz unmißverständlichen Vertrauensantrages auf. Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten entsprachen selbstverständlich diesem Verlangen, und am nächsten Mittwoch wird es sich nunmehr zu zeigen haben, ob der Reichstag sich nicht nur einig ist in der Ablehnung von Kundgebungen, die den Sturz des Ministeriums Wirth zur Folge haben müßten, oder ob er auch imstande ist, das Dasein dieses Ministeriums, das durch die Erfahrungen der Streikwoche außerordentlich gefährdet erscheint, für einige Zeit wenigstens wieder sicherzustellen.

Das unerwartete Auftreten des Reichskanzlers hat im Augenblick ohne Zweifel starken Eindruck gemacht. Haben wir schon das parlamentarische Regierungssystem, so muß es sich auch in so außerordentlich kritischen Zeitpunkten, wie diesem, durchsetzen, oder es hat überhaupt keine Lebensberechtigung in Deutschland. Nach so furchtbaren Erschütterungen unseres innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Lebens, wie der Eisenbahnerstreik und der Ausstand der Berliner städtischen Arbeiter sie über uns gebracht haben, muß die Regierung, die durch diese Fegefeuer hindurchgegangen ist, wissen, ob das Vertrauen der Volksvertretung ihr zur Seite steht oder nicht . . . Milliarden unseres knapp genug gewordenen Volksvermögens sind in diesen wenigen Tagen verwirtschaftet worden, und ob Ansehen und Würde des Staates bei der Beendigung dieses ersten Beamtenstreiks gewährt wurden oder nicht, darüber bedarf es gleichfalls einer klaren Entscheidung. Darüber hinaus muß aber endlich auch einmal die Frage der großen Koalition so oder so erledigt werden. Die Deutsche Volkspartei erhebt gegen Dr. Wirth den Vorwurf, daß er diese politische Notwendigkeit zwar stets im Munde führe, sie aber durch seine politischen Handlungen mehr und mehr sabotiere. Die Unabhängigen wiederum wollen ihn zwingen, den Gedanken einer Ausdehnung des Regierungsblocks auf die Deutsche Volkspartei endgültig aufzugeben und statt dessen die Basis seines Kabinetts nach links hin zu erweitern. Hier scheiden sich die Geister wie Feuer und Wasser; es wird Zeit, daß man sich endlich für eine der beiden Möglichkeiten entschließe, da wir sonst Gefahr laufen, aus dem politischen Sumpf, in den wir geraten sind, überhaupt nicht mehr herauszukommen.

Wie die Entscheidung am Mittwoch fallen wird, ist vorläufig noch schwer zu sagen. An Kompromißbemühungen wird es nicht fehlen, doch sind die Aussichten für ihr Gelingen diesmal geringer als je. Es fragt sich nur, ob die führenden Männer bis zum Schluß die Nerven behalten werden, um es auf eine letzte Kraftprobe ankommen zu lassen. Der Mut zum Biegen oder Brechen ist heutzutage selten geworden in Deutschland.

*

Die voraussichtliche Mehrheit.

Man rechnet in unterrichteten Kreisen des Reichstags augenblicklich damit, daß für den Reichskanzler die Sozialdemokraten, das Zentrum, und ein Teil der Demokraten sowie der Bayerischen Volkspartei stimmen werden. Gegen den Kanzler werden die Deutschnationalen, die Volkspartei, die Unabhängigen und die Kommunisten stimmen, also die Parteien, die Mißtrauensanträge eingebracht hatten. Die Stärke der Fraktionen ist gegenwärtig folgende: Sozialdemokraten 108, Zentrum 72, Deutschnationale 71, Deutsche Volkspartei 65, Unabhängige Sozialisten 61, Demokraten 40, Kommunisten (beide Gruppen) 26, Bayer. Volkspartei 20, Bauernbund 4, Hannoveraner 2, zusammen 469. Aus diesen Ziffern würde sich die Möglichkeit einer Zufallsmehrheit für oder auch gegen den Kanzler ableiten lassen, da niemals alle Abgeordneten vollzählig zur Stelle sind. Die Mehrheit für den Kanzler wird daher voraussichtlich auf die Weise zustandekommen, daß ein beträchtlicher Teil der Unabhängigen an der Abstimmung nicht teilnehmen wird, wodurch die Zahl der Nein-Stimmen verringert wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutschen Zahlungen für 1922.

Nach Pariser Blättermeldungen wollen die Alliierten den Wiedergutmachungsausschuß mit der Entscheidung über die deutschen Zahlungen für 1922 betrauen und den Verbündeten nur die Verteilung der von Deutschland gezahlten Summe vorbehalten. Einige Mächte bestehen aber darauf, daß im Wiedergutmachungsausschuß die Verteilungsfrage auf Grund der Beschlüsse von Cannes geregelt wird. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Ansprüche, die Belgien kraft seiner Prioritätsrechte erhebt.

Die Genfer Beratungen über Oberschlesien.

Der offizielle Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf mußte um drei Tage verschoben werden, da infolge des Eisenbahnerstreiks die deutsche Abordnung verspätet eintraf. Die beiden Bevollmächtigten werden zunächst vorbereitende Besprechungen mit dem Präsidenten Calonder haben. Die Mitarbeiter des Präsidenten sollen dem Kreise der Herren entnommen werden, die Calonder nach Oberschlesien begleitet haben. Dazu dürften für bestimmte zur Verhandlung stehende Fragen Beamte der einschlägigen Abteilungen des Völkerbundssekretariats kommen. Öffentliche Sitzungen sind nicht geplant.

Der Dank an die Technische Nothilfe.

Der Reichsverkehrsminister hat an die Hauptstelle der Technischen Nothilfe ein Dankschreiben gerichtet, in welchem er sagt: Dem Eingreifen der Technischen Nothilfe ist es wesentlich zu verdanken, daß der Bahnbetrieb nicht vollständig zum Erliegen gekommen ist. Das uneigennützige und tatenfrohe Verhalten der Technischen Nothilfe hat den Willen der dienstbereiten Beamten zum Ausharren kräftig unterstützt. Die Männer, die den Gefahren des Eisenbahnerberufes erlegen sind, haben den Gedanken mit dem Tode besiegelt, daß über allen Sonderinteressen ein Gemeinwohl steht, dem wir alle zu dienen verpflichtet sind. Allen Beteiligten gebührt der aufrichtigste Dank und die wärmste Anerkennung nicht nur der Eisenbahnverwaltung, sondern des gesamten deutschen Volkes.

1 bis 1½ Milliarden Beamtenzulagen.

Die Wirtschaftsbeihilfen und Überteuerungszuschüsse, die die Reichsregierung auf Grund der in den letzten Tagen mit den Spitzenorganisationen der Beamten geführten Verhandlungen neu bewilligt hat, und über deren Deckung in einer Reichsratsausschußsitzung beraten wurde, machen nach nichtamtlichen Mitteilungen insgesamt 1 bis 1½ Milliarden Mark für den Etat aus. Es werden Erwägungen gepflogen, ob und inwieweit die Grundgehälter der Beamein den neuen allgemeinen Preisverhältnissen angepaßt werden können.

Neue Bewegung unter den Eisenbahnern.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter hat ihren erweiterten Vorstand zu einer Sitzung zusammenberufen, um einen erneuten Streikbeschluß herbeizuführen, falls die Regierung nicht von Maßregelungen absehen wird. Es haben bereits Vorbesprechungen stattgefunden, zu der Vertreter aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, eine Eingabe an den Reichskanzler zu richten, in der verlangt wird, daß sich die Disziplinierungen im Rahmen der vom Kabinett aufgestellten Richtlinien bewegen. In der Eingabe wird ausdrücklich betont, daß das Vorgehen der einzelnen Dienststellen in dieser Beziehung bereits große Erregung hervorgerufen hat und daß, falls die Regierung nicht nachgibt, d. h. die beabsichtigten Maßregelungen aufrecht erhält, mit neuen Aktionen in den einzelnen Eisenbahnbezirken und mit einem neuen Streik der Eisenbahner zu rechnen ist.

Deutsch-Österreich.

× **Die Kredite zur Befestigung der Währung.** Die Flüssigmachung des Kredits von zwei Millionen Pfund, die England, und der 55 Millionen französischer Franks, die Frankreich Deutsch-Österreich gewähren will, wird für Mitte März erwartet. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß diese Kredite im Gesamtbetrag von rund drei Millionen Pfund unter allen Umständen zur Stabilisierung der Krone verwendet werden sollen. Doch soll der Kurs der Krone nicht allzu stark erhöht werden, weil sonst eine allgemeine Stagnation des Handels sowie Arbeitslosigkeit eintreten würde. Die Angaben über die Grundlage, auf der die Krone stabilisiert werden soll, schwanken zwischen 20 000 und 30 000 Kronen für ein Pfund. Die Krone würde dann etwa ein Tausendstel ihres Vorkriegswertes besitzen.

Großbritannien.

× **Ernste Verwicklungen in Indien.** Die englische Regierung wird lebhaft beunruhigt durch Nachrichten aus Indien über den Ausbruch ernsthafter Unruhen. In Madras hat die Polizei auf eine aufständische Menge von 10 000 Personen geschossen. Es gab Tote und Verwundete. Lloyd George hat sich bereit erklärt, die Angelegenheit im Unterhause zur Sprache zu bringen.

Nordamerika.

× **Harding gegen englisch-französische Wünsche.** Präsident Harding hat den Plan, das Kapital für die amerikanischen Militärpensionen durch Ausgabe von Schuldverschreibungen auf Grund der französischen und englischen Schulden an die Vereinigten Staaten aufzubringen, mißbilligt und an den Ausschuß des Repräsentantenhauses zurückverwiesen. Harding gab dabei seiner für England und Frankreich gerade nicht freundlichen Meinung Ausdruck, die Aufbringung des Geldes auf diesem Wege sei ihm zu unsicher.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat stimmte einer Verordnung zu, nach der die Gebühren der Rechtsanwälte für Schriftsätze, die im Postwege versandt werden, um 100 Prozent erhöht werden.

Berlin. Die deutsche Delegation für die oberschlesischen Verhandlungen in Genf ist nach Genf abgereist.

Berlin. Der Reichsminister a. D. Dr. Heinze ist zum deutschen Schiedsrichter am deutsch-jugoslawischen und deutsch-tschechoslowakischen gemischten Schiedsgerichtshof ernannt worden.

DA. London. Der Moskauer Sonderberichterstatter des „Observer" meldet seinem Blatte aus maßgebender Quelle, daß das Dekret bezüglich der Abschaffung der „Tscheka" (Außerordentliche Kommission) in wenigen Tagen veröffentlicht werde.

London. Aus Teheran werden Unruhen in Nordpersien gemeldet. Die Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen seien unterbrochen.

Rom. Auch Orlando hat auf die ihm angetragene Kabinettsbildung verzichtet. Es kommt jetzt wieder der bisherige Ministerpräsident Bonomi für die Regierungsbildung in Frage.

Warschau. Der polnische Landtag hat mit 136 gegen 61 Stimmen ein Gesetz über die zehnstündige Arbeitszeit im Handelsgewerbe angenommen. Ein Antrag, wonach Handelsgeschäfte ununterbrochen zehn Stunden ohne Mittagspause geöffnet sein müssen, wurde gleichfalls angenommen.

London. Exkaiser Karl hat bei der englischen Regierung um die Erlaubnis nachgesucht, im April einen englischen Badeort aufsuchen zu dürfen, da seine Kinder das Sommerklima von Madeira nicht vertragen können.

London. Die Lage an der Grenze Ulsters hat sich durch neue blutige Zwischenfälle zugespitzt.

Warschau. Die Verhandlungen über den polnisch-russischen Handelsvertrag werden in Warschau Ende nächster Woche beginnen.

Rom. Die italienische Regierung hat für das hungernde Rußland 6 Millionen Lire gespendet.

Stockholm. Der schwedische Reichstag bewilligte 20 Millionen Kronen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1922.

Washington. Die Ratifikation der Washingtoner Verträge im amerikanischen Senat scheint gesichert zu sein. Es sind nur noch 19 Senatoren dagegen.

Deutscher Reichstag.

(168. Sitzung.) CB. Berlin, 11. Februar.

Nach dem gewaltsamen Abbruch der gestrigen Sitzung brachte die heutige Tagung zunächst eine bedeutend ruhigere Stimmung. Die

Aussprache über den Eisenbahnerstreik

ging weiter, indem der Abg. Dittmann (U.-Soz.), dessen Äußerungen gestern den Anlaß zur Vertagung gaben, in seiner Rede fortfuhr. Er betonte, daß fortgesetzt neue Meldungen über Maßregelungen einliefen. Diese erfolgen tausendweise. („Hört, hört!", links.) Gegen 87 Beamte schweben Disziplinarverfahren allein in Berlin. In Berlin sind 2600 Personen gemaßregelt worden, im ganzen 25 000 bis 30 000. Die Eisenbahndirektionen pfeifen auf die Zusagen des Reichskanzlers. Hier handelt es sich tatsächlich um eine Revolte der höheren Eisenbahnbeamten. Wir sehen hier die Militarisierung der Eisenbahn, die in Form der Maßregelungen durchgeführt wird. Dadurch wird der Betrieb völlig auf den Hund gebracht.

Angriffe gegen Stinnes.

Der Redner wandte sich nun scharf gegen den Abg. Stinnes und fragte: Hat Herr Stinnes in London die Privatisierung der deutschen Eisenbahn betrieben oder nicht, und hat er durch die Behauptung Stimmung gemacht, daß auf diesem Wege das Eisenbahndefizit am schnellsten zu beseitigen sei? Der Deutsche Reichstag hat ein Recht, dies Mitglied Stinnes zur Rede zu stellen, der im Lande der Sieger versucht, deutsches Eigentum an die Entente zu verschachern. Ist das nicht Landesverrat? Nicht der Streik, sondern seine Niederwerfung bedroht das Kabinett Wirth und seine auswärtige Politik. Gerade der Eisenbahnerstreik zeigt, daß ein einiges Proletariat unbesiegbar ist. Die Regierung entwickelt sich zu einem Rechtskabinett. Mit Genua kommt eine Verständigung des Kapitalismus hüben und drüben.

Abg. Koch-Weser (Dem.), der frühere Reichsinnenminister, erklärte, der Streik war ein glatter Mißerfolg. Die deutsche Wirtschaft blutet aus tausend Wunden, die Lebensmittelversorgung ist zerstört und verteuert, das Volk ist in neue Unruhe und Nervosität versetzt und das Rechtsgefühl und der Staatsgedanke von neuem aufs schwerste erschüttert. Das war das Ergebnis des Streiks. So wohlwollend wir Gehaltsforderungen gegenüberstehen, so lehnen wir die Arbeiterforderungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit ab. Mehr als die Rechtspolitiker sind diejenigen Gegner der Staatsbetriebe, die sie fortgesetzt beunruhigen und für sich auszunutzen suchen. Lebenslängliche Anstellung und Streikrecht sind miteinander nicht vereinbar. Beim Kapp-Putsch war der Streik keine Revolte, sondern die Abwehr einer Revolte. Die Regierung hat den damaligen Streik nicht entfesselt. Daß die Regierung jetzt einen Sieg errungen hat, das ist zweifellos. Es handelt sich aber nicht um einen Sieg der Regierung Wirth, sondern um einen Sieg der Autorität des Staatsgedankens. Der Redner warf dann die Frage auf, wie steht es mit der

Der städtische Streik in Berlin

ist ebenfalls abgebrochen worden. Es handelte sich bei diesem nicht um eine Lohnfrage, sondern um die Regelung der Urlaubszeit im Laufe dieses Jahres. Der Magistrat hatte den Arbeitern ein Ultimatum gestellt, zur Arbeit zurückzukehren, widrigenfalls ihre Plätze anderweitig besetzt würden. Das ist, da der Termin überschritten wurde, teilweise auch geschehen. Trotz einer Urabstimmung, die sich für die Fortdauer des Streiks entschied, wurde der Streik noch am Mittwoch abend abgebrochen, aber naturgemäß kam die Versorgung mit Elektrizität, Wasser und Gas, die von der Technischen Nothilfe in verhältnismäßig weitgehendem Maße gesichert worden war, erst sehr langsam wieder auf ihren normalen Stand zurück.

Nachwehen des Eisenbahnerstreiks.

vm. Berlin, 11. Februar.

Am Wochenende machten sich die Nachwirkungen des großen Eisenbahnerstreiks noch recht empfindlich bemerkbar, obwohl schon mehrere Tage seit seinem Abbruch vergangen waren. Erschwerend traten hinzu die Wirkungen des anhaltenden starken Frostes. Die Rangierbahnhöfe, welche die ganzen Streiktage nur in geringem Maße gearbeitet haben, waren überfüllt, und es müssen nun die Rückstände aus dem Streik unter erschwerten Bedingungen aufgearbeitet werden. Fast überall ist der Rangierbetrieb durch Mangel an Rangierlokomotiven, die während der Streiktage großenteils Frostschäden erlitten, stark erschwert. Auch auf den Zugverkehr wirkt die Knappheit an Lokomotiven verzögernd ein. Um für den lebenswichtigeren Güterverkehr die nötigen Lokomotiven zu gewinnen, wurde der Personenverkehr noch erheblichen Einschränkungen unterworfen. Der durchgehende Schnellzugverkehr war jedoch auf den Hauptstrecken und zwischen den Hauptverkehrszentren überall aufgenommen. Die Zahl der gefahrenen Güterzüge kann im Durchschnitt auf 60 bis 70 Prozent des normalen Durchschnittsverkehrs geschätzt werden. Der wichtige Ruhr—Mosel-Verkehr war bereits wieder voll im Gange.

Mit einer schnellen Besserung der Eisenbahnbetriebslage kann nach der Ansicht des Verkehrsministeriums in den nächsten Tagen noch nicht gerechnet werden, da nicht nur die zahlreichen Schäden an Bahnanlagen und Betriebsmitteln zu überwinden und die Rückstände aus den Streiktagen aufzuarbeiten sind, sondern auch der nunmehr wieder besonders stark einsetzende Frachtenverkehr bewältigt werden muß.

Rußland will nicht Kolonie werden.

Moskauer Stimmungen gegen Cannes.

Der Plan des europäischen Wiederaufbaues mit besonderer Berücksichtigung des Ostens hat in Rußland wenig Gegenliebe gefunden. Bekanntlich wurde in den Beschlüssen von Cannes auch die Stellungnahme der Alliierten zum russischen Problem und seine Lösung durch

Heranziehung deutscher Arbeit

und deutschen Kapitals behandelt. In der Resolution vom 10. Januar war bekanntlich eine Organisation, gebildet aus den Ententestaaten und Deutschland, mit dem Sitz in London, vorgesehen, die einheitlich über das für Rußland bestimmte Finanz- und Arbeitskapital disponieren sollte. Deutschland hätte nach diesem Plan die Hälfte des Gewinns auf Reparationskonto zu überschreiben. Nun wird aus Moskau gemeldet, daß die russische Regierung eine Tätigkeit des ausländischen Kapitals auf russischem Boden in dieser zentralisierten Form unter keinen Umständen zulassen werde. Rußland solle keine Kolonie werden. Es wisse, was ihm bevorstehen würde, wenn es fremdes Kapital unter den Bedingungen von Cannes einströmen lasse. Rußland werde sich lieber unter äußersten Entbehrungen in selbstgewählter Einsamkeit durchschleppen, bis die allgemeine Wirtschaftslage die übrige Welt zwinge, gegenüber Rußland Maß zu halten. Rußland sei zum alleräußersten passiven Widerstand selbst unter Aufopferung eines großen Teiles seiner Bevölkerung im gegebenen Fall imstande und entschlossen.

Eine Gewerkschaftskonferenz in Genua.

Neben der internationalen Wirtschaftskonferenz.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten in Amsterdam abgehaltenen Sitzung erklärt, daß die internationale organisierte Arbeiterklasse die Pflicht habe, ihrer Stimme zur Zeit der Konferenz in Genua Gehör zu verschaffen und daß daher eine besondere Konferenz durch den Internationalen Gewerkschaftsbund nach dem gleichen Orte und zur gleichen Zeit, wo die offizielle Konferenz stattfinden wird, einberufen werden soll. An dieser Konferenz werden teilnehmen das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je ein Delegierter für den Gewerkschaftsbund eines jeden Landes.

Des weiteren wurde in der gleichen Sitzung des Gewerkschaftsbureaus die Tagesordnung des allgemeinen Internationalen Gewerkschaftskongresses, der im April in Rom stattfinden wird, wie folgt festgesetzt: 1. Achtstundentag und wirtschaftliche Reaktion. 2. Europas ökonomischer Wiederaufbau. 3. Europas Antimilitarismus und Arbeiterklasse. — Ferner befaßte sich das Bureau mit den bereits erzielten Ergebnissen der Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes für das hungernde russische Volk. Schon jetzt ist Hilfe für 3000 Kinder durch die Sonderdelegation des Bundes gesichert. Die Gewerkschaftsinternationale wird auf diesem Wege fortfahren.

Das landwirtschaftliche Hilfswerk.

Kundgebung für die Produktionserhöhung

Die Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände hat zu dem Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft in einem Beschluß Stellung genommen, dessen wesentlicher Teil folgenden Wortlaut hat:

„Aus eigener Kraft und eigenen Mitteln soll die Gesamtheit der deutschen Landwirtschaft das gewaltige Hilfswerk zur Rettung der deutschen Volkswirtschaft leisten und in nachhaltiger Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die zur Sicherstellung der Volksernährung erforderliche Steigerung der Erzeugung herbeiführen. Von diesem Willen zur Hilfe ist auch die Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände beseelt. Ihren Zielen entspricht es, durch Ausgleich der Berufsinteressen aller in der Landwirtschaft erwerbstätigen Unternehmer und Arbeiter

die Einheitsfront der Landwirtschaft

zu kräftigen und zu erhalten. Durch Schaffung und Festigung der Vorbedingungen gesicherter und gerechter Lohn- und Arbeitsbedingungen wie die Reichsarbeitsgemeinschaft die notwendige Grundlage des Arbeitsfriedens und der Arbeits-freudigkeit für die Produktionssteigerung geben. Gleich dem Reichsausschuß stellt die Reichsarbeitsgemeinschaft ihre Organisationen zur Verfügung und erwartet, daß die Reichsregierung sich besonders auch bei dem Ausbau und der Sicherung des auf freier Vereinbarung fußenden Arbeitsrechtes, bei der sozialen und kulturellen Lebensgestaltung des Landvolkes und der Vermehrung und Stärkung aller landwirtschaftlichen Betriebskräfte wirksam unterstützt und in baldige Beratung über die beschleunigt zu ergreifenden Maßnahmen mit ihr eintritt."

Konrad Haußmann †.

Stuttgart, 13. Februar.

Mit dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Konrad Haußmann, der am Sonntag an den Folgen einer Grippe im Alter von 65 Jahren gestorben ist, scheidet eine hervorragende Persönlichkeit aus dem parlamentarischen Leben. Er hat lange vor der Vereinigung der Freisinnigen Vereinigung, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Süddeutschen Volkspartei, zusammen mit Herrn von Payer im Vordergrunde der zuletzigenannten Partei gestanden und gehörte außer seiner 31jährigen Mitgliedschaft zum Reichstage auch dem württembergischen Landtag an. Nachdem alle drei Parteien sich zur Deutschen Demokratischen Partei verschmolzen hatten, war Haußmann wiederum einer der Führer unter den Demokraten. Große Verdienste hat er sich um das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches und später um die Verabschiedung der neuen Reichsverfassung erworben. In den letzten Jahren wandte er sich der auswärtigen Politik zu. Kurze Zeit, unter der Regierung des Prinzen Max, war Haußmann Staatssekretär ohne parlamentarisches Portefeuille neben Erzberger und Scheidemann. In der Weimarer Nationalversammlung war er Vizepräsident und Vorsitzender des Verfassungsausschusses. Auch bei der Schöpfung der württembergischen Verfassung hat Konrad Haußmann entscheidend mitgewirkt. Im parlamentarischen Leben genoß der Verstorbene durch sein tiefes Wissen, seine organisatorischen Fähigkeiten und seine persönlichen Eigenschaften großes Ansehen. — Unter den Beileidstelegrammen, die von hervorragenden politischen Persönlichkeiten in großer Zahl bei der Witwe des Verstorbenen eingingen, seien die des Reichspräsidenten Ebert und des Reichstagspräsidenten Loebe erwähnt.

Poincarés Mohrenwäsche.

Keine militärische Macht — die „nötigen" Sanktionen.

Poincaré, der ebenso wie sein Vorgänger Briand allmählich einsieht, daß man den friedlichen Ententegenossen wenigstens mit einigen schönen Worten Entgegenkommen beweisen muß, hat in den Kammerkommissionen für die Finanzen und für die Armee Erklärungen abgegeben, die im Nachsatz immer den Widerruf von dem enthielten, was er im Vordersatz ankündigte, indem er Frankreich als die friedfertigste Macht der Welt zu schildern bemüht war. Er sagte, daß er

die militärischen Ausgaben nicht erhöhen

wolle. Das Budget für 1923 müsse geringer sein, als das Budget für das laufende Jahr. Die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf 18 Monate solle nur eine Etappe zu ihrer weiteren Verkürzung sein. In Zukunft würde die Dienstzeit nur ein Jahr betragen. Frankreich dürfe sich nicht länger der Beschuldigung des Imperialismus aussetzen. Auch alle „Scheingründe" für diese Vorwürfe müßten dem Ausland genommen werden. Frankreich solle eine Militärmacht sein, aber keine militärische Macht. Frankreich müsse die Mittel haben,

„sich Respekt zu verschaffen",

damit es in der Lage sei, für Respektlosigkeiten Genugtuung zu verlangen. Auf die Frage einiger Kommissionsmitglieder, ob ein Truppenbestand von 350 000 Mann im Lande selbst notwendig sei, und ob die Regierung die Absicht habe, gegen Deutschland einzuschreiten, falls es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, erwiderte Poincaré: „Ich habe weder die Absicht, noch den Wunsch, mit Sanktionen irgendwelcher Art vorzugehen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß Frankreich durch den Vertrag genötigt sein kann, seine Rechte zu wahren. Wenn die Umstände es erfordern sollten, werden wir die nötigen Sanktionen mit unseren Verbündeten zusammen veranlassen, oder, falls sich dies als unmöglich erweist, ihre Durchführung selbst in die Hand nehmen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 15. Februar 1922

□ **Beschleunigte Rückerstattung von Fahrgeld bei der Eisenbahn.** Der Reichsverkehrsminister hat angeordnet, daß Anträge auf Erstattung von Fahrgeld aus Anlaß der jetzigen Verkehrseinstellung mit größter Beschleunigung und in entgegenkommendster Weise erledigt werden sollen. Bei Zeitkarten aller Art ist das Fahrgeld nach dem Verhältnis der Benutzungszeit zu erstatten. Auf Zeitkarten, die nach der Wiederaufnahme des Betriebes gelöst werden, findet diese Anordnung keine Anwendung.

—* **Berichtigung.** Zu unserer gestrigen Notiz betr. Zugeinschränkung ist zu berichten, daß der Zug Brügge ab 6,48 Uhr, Lüdenscheid an 7,02 Uhr abends nicht ausfällt, sondern verkehrt.

—* **Wanderausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.** Es ist dem Kreiswohlfahrtsamt gelungen, die vom Deutschen Hygiene-Museum in Dresden im Zusammenarbeiten mit ihrem wissenschaftlichen Beirat Professor Dr. Halewsky-Dresden geschaffene Wanderausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten binnen kurzem auch der Besichtigung in Altena zugänglich zu machen. Die Ausstellung ist bereits in einer Reihe von Städten gezeigt worden und hat überall allgemeine Anerkennung gefunden. Es ist zu hoffen, daß sie auch bei uns mit beitragen wird, in den weitesten Kreisen Segen zu stiften und tätige Helfer im Kampfe gegen die gefährliche Volksseuche zu finden. Die Eröffnung ist auf Samstag, den 18. d. Mts. festgesetzt. Alles weitere wird noch bekannt gegeben.

—* In letzter Zeit wiederholen sich die Vorwürfe in der Oeffentlichkeit, daß die Reichsfinanzbeamtenschaft den ihr obliegenden Aufgaben nicht gewachsen sei. Diese Vorwürfe haben sich teilweise sogar zu der Behauptung gesteigert, daß die Finanzbeamten die Durchführung der neuen Steuergesetze sabotierten. Der Bund Deutscher Reichssteuerbeamten legt gegen solche Verdächtigungen entschieden Verwahrung ein. Die Schuld an der gegenwärtigen Geschäftslage der Finanzverwaltung trifft nicht die Beamtenschaft, sondern ist begründet durch die überstürzte Gesetzgebung, durch die infolgedessen notwendig gewordenen fortgesetzten Aenderungen der Gesetze und durch die kaum noch zu übersehende Masse der Ausführungsbestimmungen. Mit diesen gesteigerten Anforderungen der Verwaltung hat weder die Vermehrung der Zahl ihrer Beamten Schritt gehalten, noch hat die Verwaltung rechtzeitig die die entsprechenden Maßnahmen zur Beseitigung der technischen Schwierigkeiten getroffen. Die Finanzbeamtenschaft lehnt es ab, sich fortgesetzt in der Oeffentlichkeit herabzusetzen und für Zustände verantwortlich machen zu lassen, an deren Entstehung sie keine Schuld trägt und für deren Beseitigung sie sich bisher selbst vergeblich eingesetzt hat.

× **Halver,** 15. Febr. Nach Mitteilung des Postamts Halver wird der Fernsprechnachtdienst von 9—11 Uhr abends in Halver mit Ablauf des 15. März 1922 aufgehoben.

= **Halver,** 15. Febr. Mit dem Anbringen der neuen Glocken im Kirchturm hat man gestern begonnen. Die Gerüste mit Flaschenzug sind aufgebaut um die Glocken auf die hohe Warte zu bringen. Aller Voraussicht nach dürften am nächsten Sonntag das Geläute der neuen Glocken die Gemeindeglieder zum Besuch des Gottesdienstes einladen.

= **Halver,** 15. Febr. Ein baldiger Frühling in Aussicht. Gestern morgen überflog ein großer Zug Eidergänse den südlichen Teil unserer Gemeinde, woraus nach alten Regeln zu schließen ist, daß der Frühling alsbald seinen Einzug hält. Wir wollen hoffen, daß wir uns in diesen Vorboten nicht getäuscht haben.

+ **Bommert,** 14. Febr. Am vergangenen Samstag fand im Vereinslokal zu Schultenhedfeld eine gut besuchte Versammlung des Wehrvereins Bommert statt. Dieselbe wurde durch den 1. Vorsitzenden Kam. Carl Hedfeld zu Engstfeld gegen 7 Uhr abends eröffnet und geleitet. Er machte zunächst Mitteilung über das Sammelergebnis zur Anschaffung einer Denkmalsanlage mit Namenstafel für die Opfer des Weltkrieges innerhalb des Bezirks. Die Sammlung hat weit über 7000 Mark eingebracht. Bildhauer Peter Horn von Wipperfürth hatte einen Plan zu dieser Anlage entworfen, welcher allgemeinen Beifall fand und somit erhielt Horn den Auftrag zuerteilt. Das Denkmal soll Aufstellung finden im Kriegergarten des Wehrvereins, gegenüber der Wirtschaft Otto Pulvermacher zu Schultenhedfeld. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, anschließend an die Enthüllungsfeier ein Stiftungsfest zu feiern. Die Feier wurde für den Monat Mai vorgesehen.

+ **Kierspe,** 12. Febr. Einige genußreiche Stunden sind uns gestern zuteil geworden. Nach langer Unterbrechung hatte der hiesige Kriegerverein im Gasthof Plate einen Unterhaltungsabend veranstaltet, der zahlreich besucht war. In dankenswerter Weise hatte der Verein für Jugendpflege zu Höckinghausen unter Leitung des Herrn Lehrers Dittmar seine Mitwirkung zugesagt. Wenn unserm gequälten Volke zu seinem Wiederauferstehen aus der Tiefe der Not irgendwie zu helfen ist, so muß bei unserer Jugend der Anfang gemacht werden. Wir müssen aus dem Materialismus heraus und unserm Blick richten auf die idealen Güter, die in der Vergangenheit der preußisch-deutschen Geschichte so zahlreich zu finden sind, an denen wir uns aufrichten und erbauen können, um zu erleben, welch hohe sittliche Momente im wahren Volkstum schlummern. Sie nach Möglichkeit nutzbar zu machen für Gegenwart und Zukunft hat sich der Verein für Jugengpflege zu Höckinghausen zur schönen Aufgabe gemacht und er hat sie gestern abend bei seinem ersten Auftreten hier glänzend gelöst. Wir haben gesehen, was bei fachkundiger, gewissenhafter Führung, bei völliger Hingabe, Lust und Liebe auch unter den bescheidensten Verhältnissen zu leisten ist. Zur Aufführung gelangte „Ut de Franzosentid", Zeitbild aus dem deutschen Befreiungskriege, in 4 Akten von Fritz Reuter, frei bearbeitet von Willi Schirmer. Die Leistungen der Darsteller waren durchweg sehr gut und verdienten volle Anerkennung, die nach jedem Akt auch spontan zum Ausdruck kam. Der Hauch der Vergangenheit spielte hinein in unsere Tage und die große unmittelbare Wirkung auf die Zuhörer, die stellenweise sichtlich ergriffen, dem Gange der Handlung folgte. Derartige Darbietungen haben einen hohen, erzieherischen Wert, sie wirken auf Herz und Gemüt, fördern die Liebe zu Heimat und Vaterland und versühnen und einigen, was immer sich Trennendes zeigen mag. Die Spieler trugen diese Gedanken vollauf Rechnung, zeigten richtige Auffassung und Verständnis, besonders bei der Entwicklung seelischer Kunstakte, an denen die Reutersche Dichtung so reich ist. Vor Beginn der Aufführung gab Herr Lehrer Dittmar einen kurzen Ueberblick über den Inhalt des Stückes, womit das allgemeine Verständnis erleichtert wurde. — Der Vorsitzende des Kriegervereins Herr Karl Bremicker dankte am Schluß in anerkennenden Worten allen, die zum Wohlgelingen des Abends beigetragen. Herr Dittmar legte hierauf in packenden Worten die Ziele seines Vereins dar: Liebe zu Heimat und Vaterland, sittliche Erneuerung unseres Volkes im Hinblick auf die Vergangenheit, aus der wir lernen sollen, und damit finden sich beide Vereine unter Ausschluß jeglicher Parteipolitik auf demselben Boden zu gemeinsamer Arbeit. — Die Vorträge der Haarhaus'schen Musikkapalle fanden, wie immer, reichen Beifall. Wir unterlassen nicht, an dieser Stelle allen Mitwirkenden aufrichtigen Dank auszusprechen für das, was Gutes und Schönes geboten wurde und wünschen dem jungen Verein zu Höckinghausen ein kräftiges Wachsen, Blühen und Gedeihen.

Milspe, 14. Febr. Wunderbare Eisgebilde kann man zurzeit an den steilen Felswänden zwischen Milspe und Schwelm beobachten. Sie bieten besonders bei Sonnenschein einen selten schönen Anblick.

Gevelsberg, 13. Febr. Als Abends der Schlosser M., im Lindengraben wohnhaft, mit seinem etwa 1 Jahr altem Kinde auf dem Arm die Treppe hinab gehen wollte, rutschte er aus und fiel so unglücklich hinab, daß er zum Krankenhaus transportiert werden mußte, wo man Bruch eines Armes und einiger Rippen feststellte. Das Kind blieb wie durch ein Wunder unverletzt.

Münster, 13. Febr. Schuposchule. Das hiesige ehemalige Korpsbekleidungsamt ist nach einer Verfügung des Ministers nunmehr zu einer Schuposchule bestimmt worden, in der mehrere Hundertschaften ständig in Ausbildung begriffen sind.

Radevormwald, 13. Febr. Eierhandgranaten in Kohlen. Durch Zufall ist in einem Werk in Herbeck ein großes Unglück verhütet worden. Als der Heizer im Begriff war, eine Schüppe Kohlen in die Feuerung zu werfen, bemerkte er unter den Kohlen eine Eierhandgranate. Eine Untersuchung des Kohlenvorrates förderte drei weitere Eierhandgranaten zutage. Polizeiliche Ermittlungen über die Herkunft der gefährlichen Explosionskörper sind im Gange.

Eingesandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion).

= **Kierspe,** 14. Februar.

In Nr. 37 der Halverschen Zeitung befleißigt sich der Brieftaubenliebhaberverein eines Eingesandts, und fordert dadurch gewissermaßen zum Kampf auf, da es dem Einsender klar sein mußte, daß ein solcher Artikel nicht ohne weiteres hingenommen werden kann. Wohlan, so mag der Kampf beginnen! Ich werde denselben streng sachlich zu führen wissen, während die Gegenseite Sachlichkeit wenig oder gar nicht zu kennen scheint.

Man beschäftigt sich zunächst mit dem Berichterstatter, und versucht, ihm Ratschläge zu erteilen. Ich danke bestens für diesen Rat vermag aber keinen Gebrauch davon zu machen, da die Artikel, die aus meiner Feder stammen, ohne jegliche fremde Hilfe zustande kommen. Ueber jedes Wort, was ich schreibe, bin ich mir der Bedeutung bewußt, und trage dafür auch volle Verantwortung. — Kommen wir demnach auf das Wort „kampfeslustig" zu sprechen. Wenn geschrieben wurde, daß sich die Gäste in recht fideler und zum Teil sogar kampfeslustiger Stimmung befunden haben, so wird nicht mancher Leser gewesen sein, der dies tragisch genommen hat. Ob ich nun diese oder jene Gäste gemeint habe, tut ja nichts zur Sache. Die Tatsache, daß man in der betr. Nacht auf mehrere kampfeslustige Besucher der Brieftaubenschau stieß, ist eben nicht aus der Welt zu schaffen. Warum sollte dann dies Wörtchen in dem Bericht vermieden werden? Ein altes Sprichwort besagt ja nun: „Der Hund, der sich getroffen fühlt, bellt!" Wem die Schuld an den aufgekommenen Meinungsverschiedenheiten zuzuschreiben ist, vermag der Brieftaubenliebhaberverein nicht aus seiner einseitigen Anschauung zu beurteilen.

Was mir nun in dem Bericht unbegreiflich ist, das ist der Ausdruck „Gesangverein Sängerbund". Richtig ist, daß dieser Gesangverein nach auswärts gewesen war. Einige Nachzügler, es mochten deren vielleicht 7 sein — kamen dann auf dringende Bitten des Brieftaubenliebhabervereins „Kolumbia" in den Saal. War dies nun der Gesangverein Sängerbund? Die Aufgabe des Gesangvereins war für den Tag längst erledigt, und die weitaus größte Zahl seiner Mitglieder hatte sich nach Hause begeben. Wir können dann mit demselben Recht sagen, wenn wir 2 Mitglieder des Taubenzuchtvereins zusammen sehen: der Taubenzuchtverein hat dieses oder jenes vollbracht! Also soll der Herr Einsender doch den Gesangverein in Ruhe lassen, und ich begreife gar nicht wie man sich als Verein zum Verein — noch dazu in demselben Ort — solcher Angriffe bedienen kann. Oder sollte dabei irgendwelche Hintergedanken im Spiele sein? Ich hätte, wenn dies der Fall wäre, doch nur ein Lächeln.

Diesen Besuchern — sie waren Mitglied des Gesangvereins — soll nun das Eintrittsgeld geschenkt worden sein. Der Einsender vergißt aber, daß die Turmuhr schon 1 geschlagen hatte, und die Kasse des Brieftaubenvereins schon längst geschlossen war. Es spricht aber doch auch für sich, wenn man einen Freund mit einer Einladung beglückt, und ihm hinterher vorruft, das Eintrittsgeld sei ihm geschenkt worden. Abgesehen davon, waren bereits einige dieser Besucher im Besitze einer Einlaßkarte und die übrigen waren sicherlich in der Lage, den Eintritt zu erschwingen. Wenn nun in vorgerückter Stunde — es mochten doch immerhin 3 Uhr sein — Gäste in Meinungsverschiedenheiten kamen, so bleibt aber die Behauptung des Brieftaubenliebhabervereins ein offenes Rätsel, wie der Schaden zustande gekommen ist. Glaubt der Verein vielleicht, um diese Zeit seien noch Besucher in Scharen erschienen? Wenn ich von einem Schaden spreche, dann muß ich denselben auch nachweisen können, und diese Rechnung möchte ich gerne einmal sehen.

Ich würde am liebsten das Eingesandt mit Stillschweigen übergangen haben, jedoch glaube ich der Oeffentlichkeit diese Erklärung schuldig zu sein. **Sch.**

Kleine Nachrichten.

Neue Entwaffnungsnote?

Berlin. Wie man in Berlin gerüchtweise verbreitet, wird General Nollet schon in den nächsten Tagen der deutschen Regierung eine neue Note in der Entwaffnungsfrage überreichen, deren Einzelheiten gelegentlich der letzten Besprechungen des Generals mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré festgelegt worden sind.

Zwei deutsche Tote in Petersdorf.

DA. **Gleiwitz.** Der Kreiskontrolleur von Gleiwitz teilt amtlich mit, daß bei dem Zusammenstoß zwischen Franzosen und Zivilisten 20 französische Jäger verwundet wurden, von denen 2 gestorben sind. Von den deutschen Zivilisten wurden 2 tot vorgefunden.

Englisch-französische Reibungen.

Paris. Die französische Regierung hat, wie aus den Andeutungen einiger Blätter hervorgeht, den Wortlaut der Denkschrift über die Konferenz von Genua veröffentlicht, obgleich die von England erbetene Zustimmung zur Veröffentlichung nicht erteilt worden war.

Feierliche Inthronisation des Papstes.

DA. **Rom.** Die feierliche Inthronisation des Papstes Pius XI. wird am 12. Februar in der Vatikanischen Basilika stattfinden.

Flucht einer Tochter des Sultans nach Angora.

DA. **Konstantinopel.** Der Sohn des Großwesirs, Generalstabsmajor Hakki Bey, hat sich mit der ältesten Tochter des Sultans vermählt und ist mit ihr insgeheim nach Anatolien geflüchtet. Der Sultan und der Großwesir erfuhren von der Vermählung und der Flucht erst nach vollzogener Tatsache.

Einführung der französischen Feldkanone in Amerika.

DA. **Washington.** Das Kriegsdepartement hat endgültig beschlossen, die Artillerie des amerikanischen Heeres mit der französischen 7,5-Zentimeter-Feldkanone auszurüsten. Alle Artillerieeinheiten des regulären Heeres sollen das französische Feldgeschütz erhalten.

Versetzung des preußischen Gesandten von München nach Dresden.

DA. **Berlin.** Ministerialrat Schellen, der bisherige Bevollmächtigte Preußens in München ist als preußischer Geschäftsträger an die preußische Gesandtschaft in Dresden versetzt worden.

Der Wilnaer Sejm für die Einverleibung in Polen.

DA. **Wilna.** Im Wilnaer Sejm ergab die Abstimmung über die Einverleibung des Wilnaer Landes in Polen 77 Stimmen für und 29 Stimmen gegen die Einverleibung.

Polen will den Bialowicer Forst verkaufen.

DA. **Warschau.** Der polnische Staat beabsichtigt, den berühmten Forst Bialowice zu verkaufen. Das Finanzministerium hat bereits die Verkaufsbedingungen ausgearbeitet. Es kommen vor allem französische, englische, holländische und schwedische Unternehmer als Käufer in Betracht.

Das deutsche Eigentum in Italien.

Rom. Nach Blättermeldungen machen die Verhandlungen über den Rückkauf des deutschen Eigentums in der letzten Zeit günstige Fortschritte. Über einzelne Punkte ist bereits eine Einigung erzielt, so über die Ratenzahlungen. Unrichtig ist jedoch die Behauptung, daß man sich betreffs der Rückkaufssumme bereits auf eine Milliarde geeinigt habe.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Die Mißhandlungen der Marburger Studenten vor dem Reichsgericht.** Vor dem Reichsgericht in Leipzig beginnt am 13. d. M. der Prozeß wegen der Marburger Studentenmißhandlungen. Da ein hohes Aufgebot von Zeugen vorhanden ist, werden die Verhandlungen längere Zeit in Anspruch nehmen.

§ **Wiederaufnahme des Landru-Prozesses?** Aus Paris wird berichtet: In der Landru-Affäre ist eine aufsehenerregende Wendung eingetreten. Den Verteidigern des zum Tode verurteilten „Blaubarts von Cambais" ist ein Brief zugegangen, in dem ein gewisser Vigoureux Mitteilung davon macht, daß er drei Tage nach der Verhaftung Landrus um Mitternacht einen Mann beobachtet habe, der aus der Leichenhalle des Friedhofs von Cambais herauskam und beim Scheine seiner Laterne Bruchstücke von Gebeinen sorgfältig sortierte, die er in eine kleine Kiste legte. Der Mann habe dann die Tür der Leichenhalle verschlossen, sei über die Friedhofsmauer geklettert, den Weg hinter Landrus Besitztum entlang gegangen und über dessen Gartenmauer verschwunden. Er habe den Mann genau erkannt. Es sei ein gewisser P., der Sohn einer in der Gegend von Cambais sehr bekannten Familie, der notorisch geisteskrank sei. Landrus Verteidiger, Herr de Moro-Giafferri, hält diesen Brief für so wichtig, daß er ihn dem Justizminister übermitteln und die sofortige Aufnahme einer Untersuchung über die in dem Schreiben angegebenen Tatsachen verlangen will. Er hält die Angaben für ausreichend, um eine Revision des Landru-Prozesses herbeizuführen.

Kohlenbericht Elektrizitätswerk Mark.

	Lagerbestand.		
Kraftwerk	Herdecke	Elverlingsen	Siesel
10. 2. 1922	0 t	474 t	430 t
11. 2. 1922	0 t	449 t	430 t
12. 2. 1922	0 t	449 t	430 t

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Ein

Schlossergehilfe,

der auf Gabelschnitte gearbeitet hat, für dauernde Beschäftigung, ferner für Ostern oder früher ein

Lehrling

für die Werkzeugschlosserei gesucht.

August Grote, Oberbrügge.

Lehrling

zu Ostern oder früher für meine Akzidenz- und Zeitungsdruckerei unter günstigen Bedingungen

gesucht.

Gute Schulbildung erwünscht.

Wilh. Bell jr., Halver.

2 tüchtige Feiler

für Schüttenbohrer sowie

1 Lehrling

für sofort oder später, sucht

C. W. Ecker, Halver i. W.,
Wegerhof.

Kierspe-Bhf.!

Sohn achtbarer Eltern als

Kontorlehrling

gesucht. Selbstgeschr. Off. unter **Z. B 300** bef. d. Geschäftsst. des Allg. Anz, Halver

Für sofort oder in 14 Tagen

1 Anstieler
1 Fallhammerschmied
1 Fallhammerzieher
u. 1 jugendl. Arbeiter

sucht

H. W. Buschhaus,
Oberbrügge
Station: Vollme-Ehringhausen.

Statt besonderer Anzeige.



Psalm 90, Vers 10.

Unser Leben währet siebenzig Jahre
Und wenn es hoch kommt, so sind's achtzig Jahre
Und wenn es köstlich gewesen ist,
So ist es Mühe und Arbeit gewesen.

Heute abend 11 Uhr verstarb nach kurzem Krankenlager infolge Lungenentzündung und Altersschwäche unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Friedrich Wülfrath

im 77. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Dürenerhaus b. Rönsahl, Brüninghausen b. Halver, Kierspe, Oberbrügge, Halver, Schalksmühle, den 13. Februar 1922.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar 1922, nachmittags 3 Uhr vom vom Sterbehause aus statt.

Gemeinde Schalksmühle. Bekanntmachung.

Der Bäckermeister und Wirt August Schulz in Schalksmühle hat sein Amt als Gemeindeverordneter niedergelegt.

Zur Feststellung des in die Gemeindevertretung eintretenden Ersatzmannes tritt der Wahlausschuß am Freitag, den 17. nachmittags 2 Uhr im Kaffeehaus Schulz in Schalksmühle zusammen.

Halver, den 9. Februar 1922.

Der Amtmann.

Milchversandscheine

liefert die

Geschäftsstelle dieser Zeitung

Freiw. Feuerwehr Neuenhaus

feiert am Sonntag, den 19. Febr. ihr diesjähriges

Winterfest

bestehend in Konzert, theatralischen Aufführungen und nachfolgendem

Ball.

Anfang 4½ Uhr nachm. Kassenöffnung 4 Uhr

Unsere verehrl. passiven Mitglieder und fremde uniformierte Feuerwehrleute sind eintrittsfrei und herzlich willkommen.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

der Vorstand.

Evangelische Kirchengemeinde Halver.

Einladung zur
Sitzung der größeren Gemeindevertretung

am **Sonntag, den 19. d. Mts.,** im Anschluß an den Gottesdienst.

Tagesordnung: Kirchensteuer. Verschiedenes.

Die Sitzung ist auf alle Fälle beschlußfähig.

Halver, den 14. Februar 1922.

Der Vorsitzende: D. Dresbach.

Zigarren! Zigaretten
Rauch- und Kautabake

nur beste Qualitäten!

Echte Brunerepfeifen u. -Mutzen

Zigarren- u. Zigarettenspitzen
Tabakdosen und -Beutel.

Zigarren- u. Zigarettenetuis

in großer Auswahl empfiehlt

Fritz Hermann Bohmer,
Schalksmühle.

Donnerstag, dnn 16. d. M. erhalte ich wieder eine Auswahl hochtragende

Kühe



sowie



Oldenburger Schweine

Carl Schmale, Halver.
Telefon 23.

Pferdeversicherungs-Gesellschaft
im Amte Halver.

Zahlungstermine

sind wie folgt angesetzt:

In Halver am Sonntag, den 19. Februar 1922 vorm. von 9½—12½ Uhr, nachm. von 4—6 Uhr im „Gasthof zur Post."

In Oberbrügge am Sonntag, den 26. Februar 1922, vorm von 10—12½ Uhr im „Gasthof Reinecke".

An demselben Tage, nachm. von 2—5 Uhr **in Schalksmühle** im „Gasthof Müller".

Der Rechnungsführer:
Rob. Reininghaus.

Die angekörten Bullen nachstehender Besitzer werden zum Decken fremden Rindviehs nicht mehr zugelassen.

E. u. O. Rentrop, Mark

E. Mesenhöller, Brüninghausen

500 Mk. Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir die Person namhaft macht, welche am Sonntag abend am „Deutschen Eck" meinen

Hund erstochen

hat.

Albert Kirchhoff
Dickinghausen.